



Nr. 217.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

97. Jahrgang

Ercheinungsweise: Einmal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 8.—
Reklamen 20.— Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Bezugsp.

Montag, den 18. September 1922.

Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn M. 210.— vierteljährlich. Postbezugs-
preis M. 210.— mit Postgeb. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Reparationskrise wird infolge des Vorherrschens der orientalischen Frage weiter verschleppt. Die seitens des deutschen Reichsbankpräsidenten unternommenen Schritte bei der Bank von England werden von Paris und Brüssel aus anscheinend zu sabotieren versucht, denn es wird die Meldung verbreitet, Belgien werde keine fremden Sicherheiten annehmen. Das wäre natürlich nichts anderes als Schikane zum Zweck der Hintertreibung der Einlösung der fälligen Zahlungsforderungen.

Im amerikanischen Repräsentantenhaus wurde der Antrag an den Präsidenten gestellt, Amerika möchte jetzt an der Lösung der Reparationsfrage teilnehmen, und im Zusammenhang damit auch an der Aenderung des Versailler Vertrags. Da es bisher die Politik der amerikanischen Regierung gewesen ist, die Frage hinzuschleppen, und einweisen die deutsche Volks- und Finanzwirtschaft zu ruinieren, so können wir uns vorerst nicht vorstellen, warum man in Washington — ohne Not (!) — diese Politik jetzt aufgeben sollte.

Die Alliierten haben sich anscheinend dahin verständigt, daß sie bezüglich der türkischen Frage an dem Standpunkt festhalten wollen, die Meerengen nicht an die Türkei zurückzugeben, sondern weiterhin unter ihrer Kontrolle zu halten, was sie nach der neuen „Rechts“-Ordnung der Entente „Internationalisierung“ benennen. Die Franzosen wollen den Türken Konstantinopel und Thrazien wieder zurückgeben, nicht aber, weil sie etwa jetzt wieder Freunde der Türken sind, sondern weil sie eine große Bewegung im Orient — von Marokko bis Indien — befürchten, die gegen die Gewalt Herrschaft der Entente gerichtet wäre. Diese Befürchtungen haben auch die Engländer, weshalb man schon Vorbereitungen zu Truppenverräufungen trifft.

Die Völkerverversammlung wächst sich immer mehr zu einem Hohn- und Spottgewächs der Entente aus. Im Ausschuß für Abrüstung streitet man sich gegenwärtig darüber, ob zuerst abgerüstet werden soll, und dann gegenseitige Bündnisse zur Sicherung des Raubs der Ententestanten abgeschlossen werden, oder ob man zuerst solche Bündnisse schließt, und dann abrüstet. Frankreich will erst abrücken, wenn es genügend Sicherheiten für die Fortdauer seiner Raubpolitik erhält.

Stinnesabkommen und Frankreichs Rheinlandpolitik.

Eine kritische Wertung.
Von Trebitz.

Das Abkommen Stinnes-de Lubersac ist von so weittragender politischer Bedeutung, daß es bis in seine tieferen Ursachen und letzten Konsequenzen durchdacht werden muß. Denn hier wird es sich um mehr drehen als um Reparationen und Wiederaufbau. Wo steht Europa heute? Die „große“ Politik hat versagt. Seit mehr als drei Jahren sucht sie das Fazit aus der Niederlage Deutschlands zu ziehen, sucht sie eine Um- und Neugestaltung Europas. Auf Kosten der Besiegten. Frankreich will die macht- und wirtschaftspolitische Beherrschung Europas. England sucht es zu verhindern, weil seine Weltmacht, vor allem seine Machtstellung im nahen und fernem Orient auf der Beherrschung des alten Kontinents ruht. Deutschland ist seit drei Jahren das Objekt dieses Kampfes, in seiner Existenz, seinem Bestand, seiner Einheit bedroht durch die Garantie- und Pfänderpolitik, durch die rheinische Annexionspolitik Frankreichs. Die Folgen dieses politischen Ringens sind furchtbar. Nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, für die ganze Welt. Drei Jahre lang hat ein verbündeter Nationalismus, hat blinder Haß und hemmungslose Herrschsucht alle Vernunft, alle Gesetze und Notwendigkeiten des europäischen Wirtschaftslebens und industrieller, wirtschaftlicher Bindungen, alle Verbundenheiten, alles Aufeinanderangewiesensein des kontinentalen Industrie- und Wirtschaftsapparates mißachtet. Wir sind am Ende, Frankreich steht vor dem Ende. In dieser höchsten Not treten die Führer der Wirtschaft und Industrie auf den Plan. Sie wollen die „Lösung“ der unlösbaren Reparationsfragen übernehmen. Die französische Industrie drängt nach einer Arbeits- und Interessengemeinschaft mit der deutschen. Dieses Verlangen ist nicht nur als politische Schachzug zu werten. Es entspringt der Erkenntnis einer Notwendigkeit. Ein Blick auf die Wirtschaftszusammenhänge genügt. Wer einigermaßen mit dem inneren Gefüge der westeuropäischen Wirtschaft vertraut ist, der kennt den Einfluß, den die deutsche Industrie von Westfalen, Rheinland und Lothringen über Luxemburg bis tief in Nordfrankreich und Belgien hinein genommen hat. Das geistige Zentrum, die Wirtschaftsführung, der Impuls, die organisatorische Durchbringung lag in Rheinland-Westfalen. Es war ein „zwischen“, ein überstaatliches Industrie- und Wirtschaftsgebiet im Werden, vom Bodensee bis Antwerpen.

Die Zusammenhänge hat der Krieg und die politische Fortführung des Krieges im „Frieden“ gestört. Elsaß-Lothringen kam an Frankreich, das Saarbecken ist in seiner Hand, das Minettegebiet in Luxemburg aus der Zollunion mit Deutschland gelöst und in die französische ausgenommen. Was lag für die französische Politik und auch für die französische Industrie näher, als den „Rest“ dieses westeuropäischen Wirtschaftsgebietes, das Rheinland und das westfälische Ruhrgebiet, zu annektieren oder in irgend einer Form in die Hände zu bekommen. Hinter den imperialistischen und Schutzpolitischen Frankreich stand und steht treibend die französische Schwerindustrie unter Führung von Schneider-Creusot. Was hilft ihr die elässische, die luxemburgische Minette, solange ihr die Ruhrkohle, der Ruhrkoks fehlt! Aber es fehlt ihr noch mehr, es fehlt ihr der Führergeist, die Organisationsfähigkeit, es fehlt ihr das Schöpferische, die Fähigkeit, sich in die unerhörten schwierigen neuen Verhältnisse und Aufgaben einzuspüren. Diese wirtschaftlich-geistige Führung will sie mit annektieren, will sie einspannen in ihre Interessen, will sie arbeiten lassen für sich.

Gegen diese Deutepolitik der französischen Industrie, gegen diese „Lösung“ stemmt sich ein harter, immer stärkerer Widerstand in England und Deutschland. Die ganze Welt tritt dieser Annexionspolitik in den Weg. Deutschland, Europa droht durch diese wirtschaftlich-politischen Experimente in eine Katastrophe gestürzt zu werden. Und so steht sich Unversöhnliches seit drei Jahren gegenüber. Kein Kompromiß, kein Wiesbadener oder sonstiges Abkommen konnte zu einer Lösung dieses unheilvollen, unfruchtbaren Spannungszustandes führen. Nur hat es den Anschein, als ob sich ein Ausweg, eine Lösung über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bieten könnte. Sie liegen noch in ihrem ruinenhaften Zustande. Mit dem Abzug der Hunderttausende deutscher Kriegsgefangener hat der Wiederaufbau so gut wie aufgehört. Die Geschädigten sind der „großen“ Politik müde. Sie wollen Hilfe, wirkliche Hilfe. Aus dem Sumpf der französischen Korruption und Unfähigkeit ist nichts zu erwarten. Aber von der deutschen Industrie, von dem deutschen Unternehmungsgeist, von der deutschen Organisationsfähigkeit. Das wissen die Nordfranzosen sehr wohl. So kam der Vertrag Stinnes-de Lubersac zustande. Ueber die Köpfe der Regierungen hinweg. Stinnes und mit ihm andere deutsche Industrieführer können die Gefahren der französischen Industriepolitik unmöglich übersehen. Sie müssen wissen, daß Poincaré und seine Pfänderpolitik deren Exponenten sind. Sie glauben aber offenbar, diesen Gefahren gewachsen zu sein. Sie glauben, mit dem neuen Vertrag Poincaré die Waffen aus der Hand zu schlagen zu können. Sie wollen für Deutschland und ihre eigenen Interessen die härteste Waffe schmieden, die es für uns gibt: die Waffe der Erfüllung des Möglichen, die Waffe des tatsächlichen Wiederaufbaus der Kriegsgebiete. Der Legende vom schlechten deutschen Willen wird ein Ende gemacht. Die französische Industrie und Politik werden ihre Annexionspläne nicht aufgeben. Der Weg des Stinnes-Vertrages ist gefährlich, aber er ist ein Weg aus dem Irre! heraus.

Die Reparationsfrage.

Ankunft des deutschen Reichsbankpräsidenten in London.

London, 16. Sept. Reichsbankpräsident Havenstein ist gestern abend hier angekommen.

Französisch-belgische Ablehnung der etwaigen englischen Finanzhilfe für Deutschland?

Paris, 18. Sept. Der Brüsseler Berichterstatter des „Temps“ meldet seinem Blatt, wenn Reichsbankpräsident Havenstein, der sich in Berlin geweigert habe, seine Unterschrift für in 6 Monaten fällige Schatzwechsel zu geben, gegenwärtig den Versuch mache, sich im Ausland eine Deckung zu verschaffen, so sei das eine Sache, die, so glaube man hier, die belgische Regierung nichts angehe. Diese werde nur die Garantien, die ihr die deutsche Regierung unter alleiniger Verantwortlichkeit und unter Ausschluß von Dritten anbiete, prüfen.

Verhandlungen der deutschen Arbeitsorganisationen mit d. französischen Aufbaubehörden.

Paris, 17. Sept. Wie die Agence Havas erzählt, haben die deutschen Arbeitsverbände die Einladung des Generalsekretärs des Aktionskomitees für die besetzten Gebiete Doucedame, Bevollmächtigte mit weitgehenden Vollmachten nach Paris zum Abschluß einer größeren Lieferung von Material zum Wiederaufbau des zerstörten Gebietes zu entsenden, angenommen. Eine Abordnung der deutschen Verbände wird am Dienstag hier erwartet. Unter dem Vorsitz des

Abgeordneten und Bürgermeisters von Lens, Basly, wird eine Sitzung des Aktionskomitees stattfinden, der die deutschen Delegierten beizumischen werden. In dieser Sitzung sollen wichtige Entscheidungen über die Verwirklichung des Wiesbadener Abkommens, des Abkommens Benelmans und des Abkommens zwischen Stinnes und Lubersac getroffen werden. Der Generalsekretär der C. G. T., Jouhaux, Vorsitzender des Bauarbeiterverbandes, wird der Sitzung beiwohnen.

Ein Antrag im amerikanischen Repräsentantenhaus auf Eingreifen Amerikas.

London, 17. Sept. Wie Reuter aus Washington meldet, brachte gestern Britton im Repräsentantenhaus eine Entschließung ein, in der Präsident Harding ersucht wird, im Interesse des industriellen Weltfriedens die ihm geeignet erscheinenden Schritte zu tun, um den politischen und sozialen Frieden in Europa wiederherzustellen. Die Entschließung sagt weiter, der Zeitpunkt erscheine als günstig für eine neue Erörterung des Vertrages von Versailles und der Reparationsfragen. Es sei klar, daß die Regierung der Vereinigten Staaten sich nicht abseits halten dürfe, wenn die europäischen Regierungen sie einflößen.

Die orientalische Frage.

Die Friedensbedingungen der Entente gegenüber der Türkei.

Basel, 16. Sept. Nach hiesigen Privatmeldungen soll die Basis für die kommenden Friedensverhandlungen mit den Türken nach englischer und französischer Auffassung das Abkommen vom 26. März bilden, das den Türken die Hauptstadt Konstantinopel zurückliefert und die Räumung von den alliierten Truppen verspricht, ferner besagt, daß die Meerengen unter die Verwaltung einer internationalen Kommission kommen, worin auch die Türkei vertreten ist. Die ursprünglich den Griechen zugeordneten Kompensationen in Thrazien kommen infolge der militärischen Situation in Wegfall. Frankreich werde voraussichtlich die türkischen Ansprüche auf Adrianopel unterstützen.

Englische Gründe für die Aufrechterhaltung der Herrschaft über die Dardanellen.

London, 17. Sept. In einer Rede in Newcastle erklärte der Staatssekretär des Innern, Großbritannien, Frankreich und Italien müßten entschlossen die Freiheit des Bosporus und der Dardanellen schützen. Es sei so gut wie sicher, daß mehr Truppen nach dem Orient geschickt werden müßten, aber wiewiele Truppen auch nötig seien, um Mustafa Kemal Pascha zu hindern, nach Europa zu kommen, sie würden zur Stelle sein. Wenn England eine Schlappe erlitt, so würde das das Schlimmste sein, was seiner Herrschaft im Orient widerfahren könnte. England müsse verhindern, daß seine Autorität in Indien und Ägypten erschüttert werde.

Beratungen im englischen Kabinett.

London, 18. Sept. (Reuter.) Lloyd George, Chamberlain, Birkenhead, Worthington Evans, Horne und Churchill hatten gestern in Chequers eine Zusammenkunft, auf der sie die Beratung der türkischen Frage fortsetzten. Sie waren während des ganzen Tages in ständiger Verbindung mit dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und den Londoner Regierungskollegen. Heute mittag wird in Downingstreet ein Kabinettsrat abgehalten werden. Der serbische Minister des Aeußern wird heute in London eintreffen, um sich mit Lloyd George und dem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten zu beraten.

Das Geheimabkommen zwischen Kleiner Entente und Polen.

Berlin, 16. Sept. Die „Vossische Zeitung“ veröffentlicht den Text eines Geheimabkommens, das in Marienbad am 31. August anläßlich der Zusammenkunft der Staatsmänner der Kleinen Entente und Polens beschlossen worden sei. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich, gemeinschaftlich den status quo in Mittel- und Osteuropa zu verteidigen. Jede Bedrohung durch eine oder mehrere fremde Mächte gegen eine oder mehrere der vertragsschließenden Parteien wird als eine Bedrohung der Gesamtheit dieser Mächte betrachtet werden. Die vertragsschließenden Parteien verpflichten sich für den Fall eines Krieges, sich gegenseitig mit allen Kräften zu unterstützen. Sie werden sofort ihre Generalkräfte miteinander in Verbindung setzen, um die gemeinschaftlichen Mittel, die am besten geeignet sind, die oben erwähnten Verpflichtungen durchzuführen, zu studieren. Das Übereinkommen, in dem es heißt, daß es nicht veröffentlicht werden soll, ist unterzeichnet von dem Ministerpräsidenten der Tschecho-Slowakei und Südslawien, sowie den Ministern des

Neujern von Rumänien und Polen. — Das Geheimabkommen, das schon seit langem vorbereitet ist, richtet sich gegen Rußland, Deutschland, Bulgarien, Ungarn und die Türkei.

Australisches Truppenangebot für den Orient.
Melbourne, 18. Sept. (Reuter.) Nach Beratung mit dem Kabinett teilte Hughes mit, daß die australische Regierung bereit sei, Truppenteile nach dem nahen Osten zu senden, falls dies notwendig werde.

Am die griechische Verlustziffer.
Athen, 17. Sept. Die Agence d'Athènes stellt fest, daß die Meldungen, wonach die türkischen Truppen 100 000 Gefangene, 1000 Geschütze und 8000 Maschinengewehre erbeutet hätten, übertrieben seien. Die Gesamtstärke der Südgruppe der griechischen Truppen in Kleinasien habe 100 000 Mann nicht erreicht.

Das brennende Smyrna.
London, 16. Sept. „Daily Mail“ veröffentlicht ein Telegramm seines Sonderberichterstatters, der die Feuersbrunst in Smyrna von Bord eines Kreuzers mit angesehen hat. Mit Ausnahme der armenischen türkischen Viertel und eines kleinen Teiles der nördlichen Vororte stehe ganz Smyrna in Flammen. Ein türkischer General habe ihm gesagt, daß das Feuer von Armeniern angelegt worden sei, welche große Mengen von Waffen und Munition angeammelt hatten, und als sie sahen, daß sie den Türken nicht entgehen könnten, ihr Viertel an 9 verschiedenen Stellen in Brand gesteckt hätten. Nach dem Korrespondenten ist die Lage der überlebenden Einwohner verzweifelt. Man schätzt die Zahl der Personen, die, falls sie sich nicht retten und verproviantieren können, zum Hungertode verurteilt sind, auf ungefähr 100 000.

Zur auswärtigen Lage.
Auch die ungarische Valuta wird planmäßig vernichtet.

Budapest, 17. Sept. In der Sitzung der Nationalversammlung erklärte Finanzminister Kallay, daß Ungarn nunmehr konsolidiert genug sei, um die Zinsen einer eventuellen produktiven ausländischen Anleihe tragen zu können. Ohne diese Anleihe sei das Land nicht imstande, den Vorkriegsverpflichtungen Genüge zu tun, insbesondere, da noch immer mit der Verschärfung der Reparationsfrage zu rechnen sei, welche, ohne den Verbündeten effektiv zu nutzen, wesentlich Ungarn schade. Der letzte Kurs der ungarischen Krone sei ebenso wie der im August ganz unmotiviert und sei lediglich auf die Einwirkungen der Spekulation zurückzuführen. Die Wälder weisen darauf hin, daß enorme Mengen ungarischer Kronen in Prag, Belgrad, Laibach und Agrar andauernd auf den Markt geworfen werden, womit offenbar bezweckt werde, den Wert des serbischen Geldes zu heben. Dies sei ein durchsichtiges Manöver, um die Wirtschaft Ungarns zugrunde zu richten, ähnlich wie es mit Oesterreich geschehe, das fortwährend mit Versprechungen hingehalten werde, die niemals eingelöst würden. Es werde damit das Ziel angestrebt, die Macht in Ungarn in die Hand zu bekommen. — Bei Deutschland werden diese Manöver seitens der Großen Entente gemacht, bei Ungarn seitens der Kleinen Entente.

Der vergebliche Kampf Oesterreichs um seine Existenz.

Wien, 15. Sept. (Nationalrat). Saal und Galerie waren gestern dicht besetzt. In der Diplomatenloge befanden sich Angehörige mehrerer Missionen, darunter der amerikanische Gesandte. Bundeskanzler Dr. Seipel gab ähnliche Erklärungen ab wie vorgestern im Außenaußschuß. Er trat entschieden den wilden Gerüchten von einem drohenden Bankrott oder einer Volkswirtschaft Oesterreichs entgegen und bezeichnete die immer wiederkehrenden Besuche von einem Einmarsch der Nachbarn und von der Aufteilung Oesterreichs als leeres Gerede. Er habe in Prag, Berlin und Verona mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit der Lösung der österreichischen Frage erörtert. Als man diese Entschlossenheit gesehen habe, den Weg zur politischen Lösung der österreichischen Frage selbst zu finden und allen Bestimmungen Einzelner zum Trotz auch wirklich zu gehen, habe man angefangen, der österreichischen Frage die ihr zukommende politische Bedeutung tatsächlich beizulegen. (Zustimmung.) Bei der Erörterung der Frage der Kontrolle betonte der Bundeskanzler neuerlich, daß eine Kontrolle in ihren Organen, Objekten und in ihrer Form so gestaltet werden müsse, daß dadurch die staatliche Selbstständigkeit Oesterreichs nicht im geringsten verlehrt werde (?). Der Bundeskanzler schloß mit einem warmen Appell an alle Kreise und Klassen der Bevölkerung, jetzt zusammenzuhalten und nicht etwa den Glauben aufkommen zu lassen, als ob hier ein Herd der Unruhe sei. Die Regierung werde an der eingeschlagenen Finanzpolitik festhalten und der Finanzminister werde in den nächsten Tagen eine Erweiterung des Finanzplanes unterbreiten. (Langanhaltender Beifall bei der Mehrheit.)

Streikdrohung der Eisenbahner in Polnisch-Oberschlesien.

Beuthen, 17. Sept. Nach einer Meldung der „Ostdeutschen Morgenpost“ aus Rattowitz wurde der Eisenbahnpräsident Sikorski von der Warschauer Regierung abberufen. Die polnische Eisenbahnerchaft beschloß in einer stürmisch verlaufenen Sitzung, die Warschauer Regierung zu ersuchen, Sikorski im Amt zu belassen, widrigenfalls morgen Montag der Betrieb eingestellt werden würde.

Protest der Ostgalizier gegen die Unterdrückung durch Polen.

Genf, 16. Sept. Eine offizielle Abordnung ist in Genf eingetroffen, und hat dem Völkerbundrat sowie der Völkerbundsversammlung eine Denkschrift überreicht, in der gegen die von der polnischen Regierung in Ostgalizien angeordneten Wahlen zum polnischen Landtag protestiert wird. Die Abordnung bittet den Völkerbund, das durch die internationalen Verträge zustehende Recht der ostgalizischen Bevölkerung zu schützen. — Die Ostgalizier sind Ruthenen, die sich gegen die Polonisierung wehren.

Die deutsch-spanischen Wirtschaftsbeziehungen.

Berlin, 14. Sept. Von gut unterrichteter Seite hören wir: Die Auf Einladung der spanischen Regierung im April ds. Js. in Madrid begonnenen deutsch-spanischen Verhandlungen über den Abschluß eines neuen wirtschaftlichen Abkommens sind bekanntlich dadurch sehr erschwert worden, daß die spanische Regierung ohne jede Anklündigung und inmitten der Verhandlungen die für den deutschen Handel mit Spanien so überaus schädlichen, erst kurz vorher auf deutsches Entgegenkommen hin aufgehobenen Valutazuschläge in verschärfter Form wieder eingeführt hat. Trotz diesem Vorgehen, das als eine Verletzung des Deutschland bis zum Ablauf des von Spanien gekündigten derzeitigen Modus vivendi, d. h. bis zum 21. Dezember ds. Js. zustehenden Meistbegünstigungsrechtes angesehen werden muß, hat die deutsche Regierung sich bemüht, die Verhandlungen nicht abreißen zu lassen. Der im Laufe der Besprechungen von der spanischen Regierung gemachte Vorschlag, den Valutazuschlag aufzuheben, deutsche Waren aber fortan nach Kolonne 1 des spanischen Zolltarifs zu verzollen, war für Deutschland unannehmbar, schon weil es dadurch auf sein bis zum 21. Dezember bestehendes Meistbegünstigungsrecht verzichtet hätte. Dieses Recht ist leider vor kurzem erneut von Spanien verletzt worden, indem deutschen Waren die vor kurzem durch Spanien der Schweiz und Frankreich zugesandten Zollermäßigungen verweigert werden. Unter diesen Umständen hat sich die deutsche Regierung gezwungen gesehen, der spanischen Regierung mitzuteilen, daß sie von einer derzeitigen Fortsetzung der Verhandlungen selber keine beide Teile befriedigenden Ergebnisse erwarten könne, daß sie jedoch den Wunsch habe, die jahrzehntlang bestehenden Handelsbeziehungen mit Spanien solange wie möglich aufrecht zu erhalten. Sie hoffe deshalb, daß es noch vor dem in Dezember ds. Js. erfolgenden Ablauf des jetzt bestehenden Modus vivendi zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen kommen werde. — Spanien steht zurzeit unter französischem Einfluß, daher seine anmaßende, unfreundliche Haltung gegenüber Deutschland.

Der Völkerbundschwindel.

Genf, 15. Sept. Die Völkerbundsversammlung trat heute nach ständiger Unterbrechung wieder zu einer Sitzung zusammen, vertagte sich jedoch nach 45 Minuten wieder bis zum nächsten Montag, da die Arbeiten der Ausschüsse noch nicht so weit gediehen sind, um ausreichenden Beratungsstoff für Freitag und Samstag zu bieten. Auf den Bericht der Kommission beschloß die Völkerbundsversammlung, in eine eingehende Erörterung der von der litauischen Regierung vorgebrachten Klagen über polnische Willkürakte im Wilnaer Gebiet nicht einzutreten, da der Völkerbundsrat bereits anfangs des Jahres zu dieser Angelegenheit Stellung genommen hat. Ein Antrag auf Einstellung einer besonderen Summe für die hygienische Organisation des Völkerbundes in den Haushalt wurde dem zuständigen Ausschuß überwiesen, desgleichen ein Antrag der chinesischen Abordnung auf endgültige Regelung des Verfahrens bei der Ernennung der nichtständigen Mitglieder des Völkerbundsrates an den ersten Ausschuß für Verfassung und Recht.

Deutschland.

Der Reichswirtschaftsrat und die Frage der Verwendung fremder Zahlungsmittel.

Berlin, 14. Sept. Der wirtschaftspolitische Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich gemeinsam mit dem finanzpolitischen Ausschuß mit der Frage der Verwendung ausländischer Zahlungsmittel im inländischen Verkehr. Nach langer Erörterung einigte man sich auf eine einstimmig gefaßte Entschliessung, in der es heißt: Dem in dem Schreiben des Reichsbanddirektoriums vom 3. 3. 1922 vertretenen Bestreben, die Mark im inländischen Verkehr nicht durch fremde Zahlungsmittel verdrängen zu lassen, stimmen die Ausschüsse grundsätzlich zu. Die Wichtigkeit der Erhaltung der Mark als Zahlungsmittel und die Notwendigkeit, sie als Wertmesser wieder herzustellen, darf nicht dazu führen, durch verwaltungsmäßiges Eingreifen in die Zahlungsbeziehungen das Wirtschaftsleben in Gefahr zu bringen. Die Korrektur eingetretener Mißstände muß vor allem in der Hebung der Produktion, in der Verringerung überflüssiger Einfuhr, wie überflüssigen Verbrauchs und in der nur dadurch dauernd erreichbaren Verbesserung unserer Zahlungsbilanz gesucht werden. Die erforderlichen Maßnahmen sollen zunächst durch freie Vereinbarungen der an Erzeugung, Absatz und Verbrauch beteiligten Verbände erzielt werden. Die Regierung wird gebeten, auf die Verbände in diesem Sinne hinzuwirken und die bestehenden Bestimmungen zur Eindämmung der Zahlung mit ausländischen Zahlungsmitteln auf das unbedingt notwendige Maß mit aller Schärfe zur Anwendung zu bringen und nötigenfalls zu ergänzen. — Ferner wurde mit 19 gegen 9 Stimmen ein Antrag Krämer in folgender Fassung angenommen: Im Interesse unserer wirtschaftlichen Lage ist die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses insoweit erforderlich, daß die Auskunftspflicht der Kreditinstitute auf die Fälle eines eingeleiteten Strafverfahrens beschränkt wird. Hand in Hand damit hat die Aufhebung des Depotzwangs zu gehen.

Erneute Erhöhung der Güter- und Personentariife bei der Eisenbahn.

Berlin, 16. Sept. Der Reichsverkehrsminister beabsichtigt, in Anbetracht der Ausgabesteigerung für die Zeit vom Oktober 1922 bis Ende März 1923 von monatlich 26,6 Milliarden Mark die Gütertariife zum 1. Oktober über die bereits beschlossene Erhöhung von 33 Prozent hinaus um weitere 100 Prozent, ferner die am 1. Oktober in Kraft tretenden um 50 Prozent erhöhten Personentariife vom 1. Novbr. ab um weitere 100 Prozent zu steigern. Die neuen Sätze ergeben bei den Gütertariifen das rund 37fache, bei den Personentariifen das rund 45fache der Friedentariife. Zur Herabminderung der Ernährungsschwierigkeiten sind ferner stark ermäßigte Ausnahmetariife für wichtige Lebensmittel, insbesondere für Kartoffeln vorgesehen. Vom 16. September ab tritt bereits ein Ausnahmetarif für Obst in Kraft, der Ermäßigungen bis zu 40 Prozent bringt. Es ist auch dafür gesorgt, daß derartige Tarifermäßigungen mit größter Beschleunigung d. h. innerhalb einer Frist von wenigen Ta-

gen eingeführt werden können, um plötzlich auftretenden Schwierigkeiten gerecht zu werden.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Augsburg, 18. Sept. Der diesjährige Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands wurde gestern abend im Säugerhaus des Stadtparks eröffnet. Die sozialdemokratischen Minister und Abgeordneten sind vollzählig erschienen, dazu viele Gäste aus dem Ausland, darunter Stanning, Andersen und Johansen (Dänemark), Möller (Schweden), Rozebroek (Belgien), Davis und Ammon als Mitglieder des englischen Unterhauses und Mosler (Tschchoslowakei). Reichstagsabgeordneter Simon-Augsburg begrüßte die Teilnehmer des Parteitags im Namen der Augsburger Sozialdemokraten. Parteivorstandender Hermann Müller hielt darauf die Eröffnungsansprache. Der Parteitag wählte Johann zu Vorsitzenden die Abgeordneten Wels-Berlin und Simon-Augsburg. Vorsitzender Wels begrüßte herzlich die zum erstenmal nach dem Krieg auf einem deutschen Parteitag erschienenen englischen Gäste. Es folgten alsdann Begrüßungsansprachen der ausländischen Delegierten. Mit lebhaftem Beifall wurde folgendes Begrüßungsleitgedicht des Reichspräsidenten aufgenommen: „Dem Parteitag sende ich herzliche Grüße. Die Einigung ist heute mehr denn je eine Lebensfrage der Arbeiter. Sie ist aber auch ein dringendes, stark politisches Gebot. Meine besten Wünsche begleiten Euer Arbeit.“ Mit Dankworten an die ausländischen Vertreter schloß darauf der Vorsitzende Wels die Eröffnungstagung.

Weitere Maßnahmen in Bayern gegen den Ausverkauf.

München, 16. Sept. Die bayerische Regierung sieht sich wegen der neuerlichen Ueberflutung Bayerns durch Ausländer zur Verschärfung der Fremdenverordnung gezwungen. Aufenthalt darf Ausländern nur noch bewilligt werden, wenn sie ein triftiger Grund nach Bayern führt. Für Vergnügungsreisen gibt es keine Einreisegenehmigung mehr. Soweit Aufenthalt bewilligt wird, ist er zeitlich und örtlich auf das unbedingt nötige Maß zu beschränken. So kurz wie möglich ist auch jenen Ausländern der Aufenthalt in Bayern zugemessen, die bereits in ihrer Heimat von der dortigen Vertretung eine Vorgehmigung zur Einreise nach Bayern erhalten haben und jetzt erst in Bayern eintreffen. Ausländer, die über Gebühr Einkäufe machen, sind sofort und unnachlässig aus Bayern wieder auszuweisen.

Das Ergebnis der Stadtratswahlen in Braunschweig.

Braunschweig, 17. Sept. Bei den heutigen allgemeinen Wahlen der unbesoldeten Mitglieder des Rates der Stadt erhielt die Liste der Sozialdemokratischen Partei 5583, die Liste der Unabhängigen 14 508, die Liste der Kommunistischen Partei 4823, die wirtschaftliche Einheitsliste 22 006 und die Liste der Sozialdemokratischen Partei 3215 Stimmen. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 98 148.

Zum Untergang des deutschen Dampfers „Hammonia“.

Hamburg, 15. Sept. Zu dem Untergang des Dampfers „Hammonia“ erklärte, nach einem Bericht der Hamburg-Amerika-Linie, der Kapitän Höfer, daß das Schiff vor seiner Reise in Hamburg gebohrt, vollständig überholt und ordnungsgemäß ausgestattet worden war. Ab Vigo herrschte schweres Wetter. Das Unglück ist auf das Vollaufen des Laderaums 3 zurückzuführen, aus dem das Wasser trotz der besonders leistungsfähigen Pumpenanlagen nicht entfernt werden konnte. Die Vermutung der Zeitungen, daß das Unglück durch Undichtigkeit der Luftschlepporten verursacht worden sei, ist unzutreffend, da auf diesem Wege keine Wassermengen in das Schiff eingedrungen sind. Möglicherweise war das Schiff auf einen treibenden Gegenstand gefahren, wofür spricht, daß am Abend des 8. September ein besonders heftiger Stoß das Schiff erschütterte. Sobald erkannt worden war, daß das eingedrungene Wasser Gefahr bringen konnte, dampfte das Schiff nach Vigo zurück. Hilfe wurde drahtlos erbeten. Beim Eintreffen der ersten Schiffe wurde mit dem Ausbooten der Passagiere begonnen. Entgegen der bestimmten Weisung der Schiffsleitung sprangen einzelne Passagiere vor schnell in die Boote und brachten 3 Boote zum Kentern, wobei vermutlich mehrere Personen den Tod fanden. Im übrigen wurden die Passagiere trotz schweren Sturmes und hoher See in geordneter Weise ausgeschifft. Nachdem die Passagiere das Schiff verlassen hatten, sollte der englische Dampfer „Soldier Prince“ das havarierte Schiff nach Vigo schleppen, was sich aber als unmöglich erwies. Die noch an Bord zurückgebliebenen Mannschaften wurden von dem englischen Dampfer „Kinskauns Castle“ geborgen. Wenige Minuten nachdem der Kapitän als Letzter das Schiff verlassen hatte, sank die „Hammonia“. Die bei unsichtbarem Wetter und dem herrschenden schweren Sturm besonders schwierige Hilfeleistung der englischen Dampfer kann nicht hoch genug anerkannt werden.

Streik der Schaubudenbesitzer auf dem Oktoberfest in München.

München, 17. Sept. Wegen der von dem Münchener Stadtrat beschlossenen Einführung der Vergnügungssteuer anstelle der bisherigen Pauschalabgabe sind seit Sonnabend mittag die Schausteller auf dem Oktoberfest in den Ausstand getreten. Sämtliche große Schaustellerbuden sind geschlossen. Auch die kleineren Unternehmer, die von der Kontrollsteuer nicht betroffen sind, haben sich dem Proteststreik angeschlossen. Die Besitzer der großen Bierhallen haben vorübergehend die Musik eingestellt.

Flugpost nach Moskau.

Die Flugposten Königsberg (Pr.)—Smolensk—Moskau und zurück verkehren jetzt jeden Dienstag und Freitag. Abflug wie bisher von Königsberg 8.30 vorm., Ankunft in Moskau 7.15 abends (europäische Zeit). Die Anschlussposten von Berlin gehen ab Montag und Donnerstag mit Zug D 7 ab Schles. Bahnhof 6.58 abends.

Das na...
Bald steh...
wollen Her...
Da durch...
gesundheitl...
lichen Orga...
einem pilze...
gaben der...
— nicht l...
staltet d...
lung un...
Aufreuf d...
Abgabe...
Die W...
Hauptverbe...
der Schwä...
Landwirte...
Personen...
Tausende...
nehmen so...
alte Klein...
sonen, die...
Diese Krei...
Kraft zu r...
schen gefol...
wollen wi...
pellieren u...
dieser Bed...
der Kartof...
Preise von...
unentgeltl...
damit der...
zum verbil...
freiwillig...
Getreideun...
auferlegt!...
lich große...
heuer wied...
brechlichen...
unserer An...
Landwirte...
und sollten...
tragen. In...
jede Gabe...
wirtschaftl...
Landwirtsch...
lichen Besi...
Vorjahren...
werden de...
Bereinigung...
Vorke...
Das S...
Kartoffelbe...
in diesem...
sich die Be...
sonalverei...
sein brauch...
beitsausch...
Bereinigung...
Mittel aus...
gegen raten...
vorzuschie...
der Müglic...
zugrunde z...
die Beschaf...
Gemä...
die Reich...
Prwobst, a...
als Gültg...
31. Dezemb...
während die...
Sähen der...
50 v. H. et...
der allgeme...
tarifbüro de...
Ueber d...
major v. P...
Gleich im...
wirtschaftl...
also, eine...
men. Das...
fiert werde...
den stand...
gung der...
nisch, wie...
safs, und d...
Tragtiere...
Fiebererreg...
Die ganze...
truppe muß...
den, die...
wurde über...
schäftigt. L

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. September 1922.

Pilzausstellung in der Mittelschule.

Das nasse Wetter hat das Pilzwachstum stark befördert. Der Wald steht voller Pilze. Kenner und Nichtkenner sammeln die wertvollen Herbstgaben, teils zum eigenen Genuß, teils zum Gelderwerb. Da durch Pilze, welche nicht genügend bekannt sind, immer wieder gesundheitsgefährliche, manchmal sogar tödliche Wirkungen im menschlichen Organismus hervorgerufen werden, so ist es, besonders in einem pilzreichen Gebiet wie der Schwarzwald, mit einer der Aufgaben der Schule, Pilzkenntnisse zu verbreiten. Aus diesem Grunde — nicht in 1. Linie als Anreiz zum Sammeln von Pilzen — veranstaltet die Mittelschule im Schulgebäude der Badgasse eine Ausstellung unserer heimatischen Pilze. Näheres siehe Anzeigenteil.

Mittelschullehrer P. e. d.

Aufruf der landwirtschaftlichen Organisationen zur Abgabe v. Kartoffeln an alte u. gebrechliche Personen

Die Württ. Landwirtschaftskammer, der landwirtschaftliche Hauptverband, der Verband landwirtschaftl. Genossenschaften und der Schwäb. Bauernverein fordern in folgendem Aufruf die Landwirte zur Abgabe von Kartoffeln an alte und gebrechliche Personen auf: Ein sorgenschwerer Winter steht vor der Tür. Tausende wissen nicht, woher sie nur das zum Leben Nötigste nehmen sollen. Zu diesen Bedauernswerten zählen insbesondere alte Kleinrentner und Witwen über 60 Jahre, sowie solche Personen, die aus Gebrechlichkeit dauernd erwerbsunfähig sind. Diese Kreise sind nicht mehr im Stande, ihr Los aus eigener Kraft zu verbessern. Wenn ihnen nicht von mildtätigen Menschen geholfen wird, gehen sie rettungslos zu Grunde. Deshalb wollen wir wieder an die Mildtätigkeit unserer Landwirte appellieren und sie herzlich bitten, auch in diesem Jahre der Not dieser Bedrängten wenigstens einigermassen zu steuern und eine der Kartoffelanbaufläche entsprechende Menge Kartoffeln zum Preise von 100 Mark für den Zentner oder eine kleinere Menge unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Wir wissen, was wir damit der Landwirtschaft, die im vorigen Jahr Lebensmittel zum verbilligten Preise abgegeben und dadurch 5—10 Millionen freiwillig geopfert hat, zumuten, wir wissen, welche Opfer die Getreideumlage der Landwirten in diesem schlechten Erntejahr auferlegt! Aber trotzdem möchten wir angefaßt der unbeschreiblich großen Notlage der erwähnten Volkskreise die Bitte auch heuer wieder aussprechen: Gebt den hungernden alten und gebrechlichen Mitbürgern, die doch unschuldig sind an den nach unserer Ansicht verkehrten Zwangsmaßnahmen. Wenigstens die Landwirte, die die Umlage wenig oder gar nicht trifft, könnten und sollten in angemessener Weise zur Steuerung der Not beitragen. Zuvorger als je sei in diesem Jahre den Gebern für jede Gabe ein herzliches „Vergelt's Gott“ gesagt. Die landwirtschaftlichen Bezirksvereine werden im Benehmen mit anderen landwirtschaftlichen Organisationen und unterstützt von den örtlichen Bezirkswohlfahrtsorganen gewiß wieder — wie in den Vorjahren — die Sammlung übernehmen. Nähere Vorschläge werden den Bezirksvereinen zugehen. Wir bitten auch diese Vereinigungen um ihre Mithilfe.

Vorschläge an Beamte zum Kartoffelbezug.

Das Staatsministerium hat beschlossen, zur Erleichterung des Kartoffelbezugs den staatlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern in diesem Jahre Darlehen zu gewähren. Zu diesem Zwecke haben sich die Beamten usw. einer oder mehrerer Behörden zu einer Personalvereinigung oder einem Zweckverband, der nicht rechtsfähig zu sein braucht, zusammenschließen und aus ihrer Mitte einen Arbeitsausschuß zu bestellen. Die Finanzverwaltung ist bereit, diesen Vereinigungen die für die Beschaffung der Kartoffeln erforderlichen Mittel aus dem Betriebs- und Vorratkapital der Staatshauptkasse gegen ratenweise Zurückzahlung bis spätestens 1. April 1923 zinslos vorzuschließen. Die Höhe der Darlehen richtet sich nach der Anzahl der Mitglieder des Zweckverbands, wobei im Höchstmaß ein Betrag zugrunde zu legen ist, der für jede Person der fraglichen Haushalte die Beschaffung von 3 Zentnern Kartoffeln ermöglicht.

Frachtermäßigung für frisches Obst.

Gemäß Ermächtigung des Reichsverkehrsministeriums gewährt die Reichsbahn, wie bereits angekündigt, für frisches Stein- und Pflaumenobst, ausgenommen Südfrüchte und Weintrauben, bei Aufgabe als Gütergut und Verwendung im Inlande vom 16. September bis 31. Dezember 1922 bedeutende Frachtermäßigungen. Die Fracht wird während dieses Zeitraums berechnet: a) bei Wagenladungen zu den Sähen der Klasse B, Ba 10 und Ba 5, b) bei Stückgut zu den um 50 v. H. ermäßigten auf volle 10 Pf. aufzurundenden Frachtsätzen der allgemeinen Stückgutklasse. Näheres Auskunft erteilt das Gütertarifbüro der Reichseisenbahndirektion.

Unser Kampf in Deutschostafrika.

(Schluß des Berichts.)

Ueber den Verlauf der Kämpfe in Ostafrika gab Generalmajor v. Lettow-Vorbeck im wesentlichen folgende Schilderung: Gleich im August 1914 ist man daran gegangen, planmäßig alle wirtschaftlichen Möglichkeiten militärisch nutzbar zu machen, d. h. also, eine Mobilisierung aller wirtschaftlichen Kräfte vorzunehmen. Das Etappengebiet mußte über das ganze Land organisiert werden, da das Hauptkontingent der Schutztruppe im Norden stand an der Grenze von Britisch-Ostafrika. Die Verpflegung der sechsten Truppe war um so schwieriger, als man nicht, wie der Feind, genügend Automobile zum Transport besaß, und da der Fuhrwerksverkehr wegen der Bedrohung der Tragtiere durch die Tsetsefliege (ein durch die Stichinsekten fiebererregendes Insekt) nicht in großem Umfange möglich war. Die ganze militärische und wirtschaftliche Verpflegung der Kampftruppe mußte also durch eingeborene Träger vorgenommen werden, die sich auch willig zur Verfügung stellten. Insgesamt wurde über den ganzen Krieg etwa eine Million Träger beschäftigt. Wie willig die Bevölkerung die Arbeitsleistungen

während des Kriegs übernahm, geht schon daraus hervor, daß die Zivilbehörden, die den Anbau der Felder zu Ernährungs- und wirtschaftlichen Zwecken fördern mußten, keinerlei Schutztruppen nötig hatten, um ihre Maßnahmen durchführen zu können, ein glänzendes Zeugnis für das Verhältnis zwischen Deutschen und Eingeborenen. Die Ernte im ersten Jahre lieferte alles, was die Truppe und die Zivilbevölkerung zur Ausrüstung und Verpflegung brauchte. Die Truppe, die mit den Nichtkombattanten etwa 25 000 Köpfe zählte, war, trotzdem sie aus dem Innern heraus verpflegt werden mußte, gut versorgt, und in den ersten 1½ Jahren hat man auch sehr gut gelebt. Auch die Fleischversorgung ist im Hinblick auf den reichen Viehbestand des Landes sehr ausgiebig gewesen. Nebenbei bestand auch Jagdgelegenheit. Fett, Butter, Käse, Wurst, Eier, alles war ausreichend vorhanden. Anfangs waren die zur Bekämpfung der Fieberkrankheiten notwendigen Arzneimittel ebenfalls in ausreichendem Maße vorhanden, da das deutsche biologische Institut aus dem Chininbaum Chinin herstellte. Und als man infolge des übermächtigen Drucks des Feindes ins Innere ausweichen mußte, wurde das „Chinin“ in flüssigem Zustand hergestellt. Anfangs heilten die Wunden ganz gut, aber nach Verlauf einiger Zeit, nachdem Typhus, Ruhr, Malaria usw., sowie die dauernden Anstrengungen die Körperkräfte aufgezehrt hatten, wollten auch leichtere Wunden nicht mehr heilen. Dazu kam, daß man Ende 1916 keine Verbandstoffe mehr aufbringen konnte. Es wurden nun Verbände mit gewissen Baumrindenstoffen, die eine starke aufsaugende Wirkung hatten, vorgenommen, und die auch schon zur Herstellung von Kleidern benutzt worden waren. Jetzt zeigte sich der Nachteil, daß man früher keine Industrie eingerichtet hatte. Es wurden jedoch Spinnräder und Webstühle fabriziert, und aus Baumwollstoffen Kleider hergestellt. Die Farbstoffe wurden aus Baumwurzeln gewonnen. An Leder und Gerbstoff war kein Mangel, sodas man auch Stiefel herstellen konnte. Lichte wurden gemacht, Kautschuk zur Herstellung neuer Automobil- und Fahrradbereifung. Da der Mangel an Waffen, Munition und Reittieren immer größer wurde, so wurden Streifenunternehmen ins feindliche Lager organisiert, auf Grund deren schließlich immer wieder die Truppe gefechtsfähig erhalten werden konnte. Von dem Fang feindlicher Pferde konnten nach und nach 2 berittene Kompagnien formiert werden. Gegen Ende des Kampfes hatte die Truppe fast nur noch feindliche Gewehre und Munition. Von dem Geiste der Truppe zeugt die Tatsache, daß zu diesen die Körper- und Nervenkraft aufzehrenden gefahr- und entbehrungsvollen Streifen immer nur Freiwillige verwendet wurden. Gegen Ende 1917 war die Truppe ganz vom Feinde eingeschlossen und da nicht genügend Waffen und Munition zur Verfügung standen, so mußte jede Kompagnie Leute ausscheiden, die zurückgelassen werden mußten. In einer Nacht brach Lettow-Vorbeck dann mit noch 300 weißen und 1700 schwarzen Soldaten durch die feindliche Kette durch und trat auf Portugiesisch-Ostafrika über. Hier verschaffte sich die Truppe wieder alle wirtschaftlichen Hilfsmittel, und auch Waffen und Munition. Im Juli 1918 war man in dem portugiesischen Hafengebiet Mozambique angekommen. Infolge des Rückzugs vor der feindlichen Uebermacht war natürlich von Ende 1916 Mangel an Nahrung wie an Kleidung eingetreten, sodas man große Entbehrungen leiden mußte. Die Truppe war wie schon oben bemerkt, nach und nach in die äußerste Südoeste Deutschostafrikas gedrängt worden, und sah sich nun gezwungen, nach Portugiesisch-Ostafrika überzutreten, wo sie sich militärisch und wirtschaftlich wieder reorganisierte, um Ende September 1918 wieder nach Deutschostafrika zurückzukehren, mit Munition und Verpflegung reich ausgestattet. Durch die Uebermacht erneut verdrängt, trat die Truppe im November 1918 vom Südwesten Deutsch-Ostafrikas nach Englisch-Rhodesien über, wo sie dann am 13. November die Aufforderung des englischen Oberbefehlshabers, auf Grund der Waffenstillstandsbestimmungen sich bedingungslos zu übergeben, erhielt. Da die Truppe aus den Waffenstillstandsbedingungen schloß, daß nur die vollstän dige äußerste Notlage die Heimat zur Annahme dieser Bedingungen veranlaßt habe, so hat man die Fortführung des Kampfes aufgegeben. Durch die militärischen Operationen der deutschen Truppen waren 2 große und 2 kleine feindliche Expeditionen zusammengebrochen. Die dritte große Expedition des Gegners wäre für die deutsche Truppe nach der Reorganisation militärisch nicht aussichtslos gewesen, aber die Verpflegung und namentlich die sanitäre war kaum mehr möglich.

Erhöhung der württ. Forstpreise.

Die württ. Staatsforstverwaltung setzte mit Wirkung vom 10. September die Forstpreise weiter herauf. Bei Laubstamm und Papierholz auf 400 Prozent und bei Nadelstammholz auf 500 Prozent der Landesgrundpreise. Es kosten Fichten und Tannenlangholz 1. Klasse 2100 M bis 6. Klasse 1150 M, Fichten und Lärchenlangholz 1. Kl. 2450 M bis 6. Kl. 1150 M, Fichten- und Lärchenjähholz 1. Kl. 2650 M bis 3. Kl. 1550 M.

Die Lage des Arbeitsmarktes im August.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Württemberg erfährt im August keine wesentliche Veränderung gegenüber den Vormonaten. Die Gesamtziffern ergeben einen kleinen Rückgang sowohl der Arbeitsuchenden als der Stellenangebote. Von der Landwirtschaft wurden in der ersten Hälfte des Monats noch so viel Kräfte angefordert, daß nur ein Teil der Stellen besetzt werden konnte. Mit Beendigung der Ernte gingen die Stellenangebote zurück. Die Ziegeleibetriebe, sowie die Metall- und die Holzindustrie hatten wie bisher starken Bedarf an tüchtigen Facharbeitern, die Zahl der Stellensuchenden war demgegenüber gering. Auch die Lederindustrie war gut beschäftigt. Im Nahrungsgewerbe und Genussmittelgewerbe glänzte Angebot und Nachfrage bei Bäckern, Metzgeren und Bierbrauereien annähernd aus. Im Bekleidungs- und Schuhgewerbe ging die bisher außerordentlich große Zahl von Stellenangeboten für Schneider zurück. Ein Ueberangebot von Arbeitskräften trat jedoch bisher nicht ein. Die Beschäftigung

im Baugewerbe war gut; nach Facharbeitern herrschte nicht zu befriedigende Nachfrage. Dem Hotelgewerbe mangelte es an Köchen, jungen Fabrik- und Hausburshen. Ungelernte Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen sind schwer unterzubringen. Weibliches Dienstpersonal fehlt wie bisher. Die Zahl der voll unterstützten Erwerbslosen betrug am 1. August in Württemberg 95 gegenüber 113 am 1. 7. 1922 und 2168 am 1. 8. 1921.

Um die Eisenbahngeneraldirektion.

(WB) Stuttgart, 15. Sept. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Reichsverkehrsministerium hat bekanntlich am 15. Juli durch einen Erlass im Reichsverkehrsblatt bestimmt, daß sämtliche Eisenbahndirektionen, sowie die Eisenbahngeneraldirektionen mit sofortiger Wirkung die Bezeichnung „Reichsbahndirektion“ zu führen haben. Diese Verfügung ist ergangen, ohne mit den Generaldirektionen der früheren Eisenbahnländer oder deren Regierungen Führung genommen zu haben und entgegen dem klaren Wortlaut des Schlußprotokolls zum Staatsvertrag über die Uebergabe der Staatsbahnen an das Reich. Gegen dieses eigenmächtige Vorgehen des Reichsverkehrsministeriums haben sowohl die württembergischen Beamten der Reichseisenbahn, wie auch die württembergische Staatsregierung energigischen Widerspruch erhoben. Eine Zurücknahme des Erlasses ist aber bisher noch nicht erfolgt. Nun haben die gesamten Mitarbeiter im Bereich der Reichseisenbahnen in Württemberg eine Eingabe an den Landtag gerichtet, die dahin geht, die württembergische Regierung zu beauftragen, mit der Reichsregierung weiter zu verhandeln, und die genaue Einhaltung des Staatsvertrags samt Schlußprotokoll zu verlangen. Die Eingabe ist von sämtlichen — im ganzen 9 — Organisationen unterzeichnet, in denen das Personal aller Richtungen und Sparten zusammengefaßt ist und es wird darin u. a. gesagt, daß deutlich eine Mißachtung der bisherigen Generaldirektion in Stuttgart gegenüber der Zweigstelle Bayern zu beobachten ist, besonders auch im Verkehrston vom Reichsministerium aus, aber auch in der Auslegung und Ungrenzung der Zuständigkeiten. So habe beispielsweise Bayern das Recht, Disziplinarverfahren gegen bayerische Beamte selbst durchzuführen, während in Württemberg Bestrafungen, die über M. 30.— hinausgehen, vom Reich durchgeführt werden. — Der Landtag wird also allen Anlaß haben, hier den Dingen auf den Grund zu gehen, denn die Eingabe hat darin Recht, daß es sich hier keinesfalls nur um eine beamtensrechtliche Sache handelt, sondern um eine Angelegenheit des Landes Württemberg schlechthin.



Unsere Postbezieher zur besonderen Beachtung!

Ein Kilo Zeitungsdruckpapier kostet Mk. 84.—, das 420fache des Vorkriegspreises! Dieser Papierpreis mußte notgedrungen zu einer ungewöhnlichen Erhöhung der Bezugspreise der Zeitungen führen. Der erhöhte Bezugspreis wird von unsern Postbezieher um so unliebsamer empfunden, als die Postanstalten durch die Briefträger die Gebühren gleich für einen Zeitraum von drei Monaten einziehen. Da viele Postbezieher die volle Einzahlung für ein ganzes Vierteljahr auf einmal nicht wünschen werden, so machen wir darauf aufmerksam, daß auch

Bestellung und Bezahlung lediglich auf Monatsdauer.

bei der Post erfolgen kann. Zu diesem Zweck weist der Bezieher den Briefträger beim Vorzeigen der Vierteljahrskvittung an, die Kvittung durch das Postamt auf den Betrag für einen Monat abändern zu lassen. Der Briefträger erhebt darauf die Gebühr für einen Monat. Für die späteren Monate des Vierteljahres muß jedoch die Anmeldung und Zahlung der Bezugsgebühr am Postschalter unmittelbar erfolgen. — Es ist aber am einfachsten, wenn jeder Bezieher, der den monatlichen Bezug seiner Zeitung wünscht, die auf der Rückseite abgedruckte Mitteilung an die Post ausfüllt und unfrankiert in einen Briefkasten wirft

Angefaßt der begreiflicherweise von uns selbst auf das peinlichste empfundenen jetzigen Lage des Zeitungswesens wollten wir nicht verläumen, unsere Postbezieher über die angeführten Möglichkeiten zu unterrichten. Im übrigen sehen wir ein volles Verständnis bei unseren Postbezieher dafür voraus, daß wir nur der bittersten Not gehorchend die großen Preiserhöhungen vornehmen mußten.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.



Bienenzüchtertagung.

Vor einigen Wochen fand in Stuttgart die Vertreterversammlung des Landesvereins für Bienenzucht statt, in der die Gründung einer Ein- und Verkaufsgenossenschaft m. b. H. beschlossen wurde. Zur Finanzierung werden Geschäftsanteile von 500 M. und eine Haftpflichtsumme von 5000 M. für das Mitglied ausgegeben. Der Beitritt steht frei. Bitter beklagt wurde, daß alle Bemühungen um Erlangung von Inlandszucker zur Herbstfütterung der Bienen fehlgeschlagen sind. In allen Spätrückgegenden des Landes war heuer eine vollständige Mißernte zu verzeichnen. Hunderten von Bienenvölkern droht der Hungertod. Aus diesem Grunde wird für den gemeinsamen Zuckerbezug die Genossenschaft gegründet, die auf einer neuen Vertreterversammlung im Oktober endgültig in die Wege geleitet werden soll. Ueber den Honigpreis wurde kein bindender Beschluß gefaßt, aber empfohlen wurde, den Butterpreis als Richtlinie zu nehmen.

Tagung der württ. Verbraucherkammer.

(S. B.) Stuttgart, 13. Sept. Unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Feuerstein-Stuttgart hielt am Mittwoch die Verbraucherkammer für Württemberg und Hohenzollern eine Vollversammlung ab. Nach dem Geschäftsbericht für 1922 dient die Kammer zur Förderung und zum Schutz der Interessen der wirtschaftlichen Verbrauchervereinigungen. Daneben sollen die Verbraucherkammern als organisatorische Grundlage für die Bezeichnung der Verbrauchervereinigungen (Konsumvereine, Bauvereinigungen) zur Bildung der Bezirkswirtschaftsräte dienen, von denen sie sonst ausgeschlossen wären. Eine Eingabe der württ. Verbraucherkammer an Regierung und Landtag wegen Anerkennung der Kammer als öffentlich-rechtliche Körperschaft hat Ablehnung durch den volkswirtschaftlichen Ausschuß des Landtags erfahren. An die Handelskammer wurde eine Eingabe um Befreiung der Konsumvereine von den Beiträgen gerichtet, eine weitere an das Ernährungsministerium wegen Erlass eines Viehaustrittsverbots bezw. die Kontingentierung. Beide hatten keinen Erfolg. Für Beihilfedarlehen bei Wohnungsbau wurden Geldmittel und Bauholz zu ermäßigten Preisen an die Bauvereine zur Verfügung gestellt. Das Arbeitsministerium ersuchte um ein Gutachten über die Abgrenzung von Wirtschaftsbereichen hinsichtlich der Länder Württemberg, Baden und der bayerischen Pfalz, wobei der Kammerpräsident zu einer Vereinbarung der Zweckmäßigkeit einer Zusammenlegung kam. Bei einer Konferenz der deutschen Verbraucherkammer in Hamburg wurden die Richtlinien und die Geschäftstätigkeit der Ver-

braucherammern beraten und die Hamburger Konsumentenkammer als Vorort bestimmt. Zu dem Thema Teuerung und Wucher sprach Direktor Hyrbach-Gmünd, wobei er folgende Forderungen vertrat: Den genossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen, deren Endzweck nicht die Erzielung von Gewinn, sondern die direkte Versorgung ihrer Mitglieder mit Lebensmitteln und sonstigen Gegenständen des täglichen Bedarfs sind, soll jede staatliche Förderung zuteil werden. Insbesondere ist darauf hinzuwirken, daß der direkte geschäftliche Verkehr mit den landw. Genossenschaften dadurch gefördert wird, daß den letzteren besondere Bevorzugungen irgend welcher Art zuteil werden, welche von der Höhe des Umsatzes ihrer Erzeugnisse mit den genossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen abhängig zu machen sind. Außerdem sind die Genossenschaften von der Reichs-umsatzsteuer und der württ. Gewerbesteuer zu befreien. Dann hielten noch Vorträge Baurat Daser-Stuttgart und Oberregierungsrat Krauß-Neulingen über die Wohnungsnot und Franz Feuerstein-Stuttgart über die Land- und Reichssteuererhebung in ihrer Auswirkung auf die genossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen.

(S. B.) Untertürkheim, 16. Sept. Der verheiratete Lokomotivheizer Fritz Märkle von Tübingen wollte von seiner Lokomotive absteigen, als in demselben Augenblick der D-Zug heranbrauste. Märkle wurde vom D-Zug gestreift und stürzte ab. Er erlitt einen schweren Schädelbruch, brach den Fuß und der Arm wurde ihm zerschmettert, so daß er kurz nach der Einlieferung ins Krankenhaus starb.

Stuttgart, 16. Sept. Die Regierung des Neckarkreises hat den Haushaltsplan der Stadtverwaltung Stuttgart mit folgender Begründung beantragt: Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 leidet an einem wesentlichen Mangel insofern, als derselbe keine ausreichende Deckung des Abmangels vorsieht. Nach Seite 14 des Planes beträgt der ungedeckte Bedarf 225 052 400 Mark, für dessen vollständige Deckung noch Sorge zu tragen ist. Der Haushaltsplan, der in der vorliegenden Gestalt nicht für vollziehbar erklärt werden kann, wird daher dem Stadtschultheißenamt zur Vervollständigung zurückgegeben. Die Deckungsfrage wird sich jetzt, nachdem der Landtag am 4. August 1922 das Gesetz zur Änderung des Landessteuerausführungsgesetzes beschlossen hat, eher regeln lassen. In dem Beschluß betr. die Erhebung einer Gemeindeumlage ist anzugeben, mit welchem Hundertsatz der Ertragskataster die Umlage erhoben werden soll.

(S. B.) Schnaitheim, 16. Sept. Bei der Verpachtung städtischer Grundstücke wurde unsinnig gesteigert und für den Morgen 15 bis 18 000 M. geboten. Dabei wurde der bisherige durchschnittliche Mietpreis als jährlicher Pachtzins bestimmt, nicht mit Geld, sondern mit Weizen gesteigert.

(S. B.) Eisingen, 16. Sept. In die Wohnung des Generalbevollmächtigten des Fürsten von Hohenzollern, Unterstaatssekretär a. D. Brümer, wurde eingebrachen und dabei mehrere Wertgegenstände in der Höhe von etwa 1 Million Mark gestohlen.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar galt am Samstag 1481 M., der Schweizer Franken 279 M.

Märkte.

(S. B.) Unterjesingen, O. A. Herrenberg, 16. Sept. Die Hopfenerte ist nahezu beendet und befriedigend ausgefallen. Käufer und Verkäufer verhalten sich abwartend. Für den Zentner wurden bisher 21 000 Mark bezahlt.

(S. B.) Tübingen, 16. Sept. (Obstmarkt.) Bei einer Zufuhr von 70 Zentnern wurde das Mostobst zu 120 bis 220 M. der Zentner abgegeben.

(S. B.) Göggingen, 16. Sept. Der heutige Schweinemarkt war mit 174 Milchschweinen und 26 Läuferchweinen besetzt. Verkauft wurden 160 Milchschweine, das Paar zu 3800 bis 6200 M., 18 Läufer das Paar zu 8200 bis 16 000 M.

(S. B.) Balingen, 17. Sept. Markt. Die Zufuhr auf dem letzten Schweinemarkt betrug 415 Stück Milchschweine. Der Handel war flau; ein kleiner Rest blieb un verkauft. Der Preis für ein Milchschwein betrug 1800—3500 M. Auf dem Duftmarkt kosteten Tafeläpfel das Pfund 4—5 M., Birnen 4 M., Pfäffchen 4 M., Fallobst Kefel und Birnen 100—200 M. der Zentner. Die Zufuhr betrug circa 300 Zentner.

Die württ. Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. württ. Preiszuschläge in Betracht kommen. D. Schmitt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Salmann, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Reklameteil.

Vater, Mutter, Tochter, Sohn waschen das Haar mit Helipon?

* Helipon ist zum Selbstwaschen der Haare unbedingt das Beste. In einschlägigen Geschäften zu 10 Mark das Päckchen erhältlich.

In das Postamt

Aufmerksam in den nächsten Briefkasten werfen.

Sie bestelln hiermit das "Salmer Sagblatt" für den Monat Oktober

und bitte, den Preis durch den Briefkasten zu erhalten zu lassen.

Name:

Ortschaft:

(Stempel und Unterschrift)

Paul Rändle, Calw
Einzelhandel in Webwaren und verwandten Artikeln.
Geschäftszeiten:
vormittags von 9—11 Uhr,
nachmittags von 1/2 1—6 Uhr.

Auf 15. Oktober sucht
der Konsumverein Calw für seinen Geschäftsführer
ein gutmöbl. heizbar. Zimmer.
Gefl. schriftliche Angebote sind zu richten an
Karl Schrag, Bischoffstraße 489.

Johann Valentin Andrea
Die Zerstörung Calw's
im Dreißigjährigen Kriege
am 10. September 1634
Preis das Stück Mark 20.—

Die beliebtesten Schriftchen
sind fertiggestellt,
diese wollen auf der Geschäftsstelle des
Blattes abgeholt werden.

Haspel
zum Aufziehen von Strichteilen
werden in der Mühle
an Heimarbeiterinnen ausgegeben.
Christ. Lud. Wagner, Strickwarenfabrik, Calw.

Volkstheater.
Dienstag, den 19. Septbr.
Hier noch nicht gegeben. Neu!
In
Großstadtjumpf
Drama in 4 Akten von Oberlehrer Alfred Wienegräber.
Dies hochinteressante, spannende Drama dürfte allgemein sehr gefallen. Es ladet ergebenst ein die Direktion.

Bilzausstellung
in der Mittelschule Badgasse II. Stock, Zimmer 13.
Geöffnet Dienstag, Mittwoch und Donnerstag je nachm. v. 1—6 Uhr.
Eintritt frei!

Formalin, Uspulum
zum Saat beizen
empfiehlt
Ritterdrogerie Calw

Tafelobst,
Apfel und Birnen
werden von 10 P. d.
an abgegeben.
Marie Weiß,
Stammheim.

Zwei neue
Betten
werden verkauft
Villa Hein, Liebenzell,
Börsler, Wilhelmstraße.
Gebrauchte eiserne
Bettstelle
und ein
Kinderkastenwagen
zu verkaufen.
Von wem, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Dr. Mezger
ist verreist.

Bedeutendste Zeitung
in Württemberg
Stuttgarter Neues Tagblatt
Täglich 2 Ausgaben
Erstes Anzeigenblatt

Gesucht
wird ein kräftiges, tüchtiges
Mädchen
für Küche und Haushalt.
Carl Schmauffer
Hotel "Adler".
Ein zuverlässiger
Mann

Ein ordentliches, williges
Mädchen
gesucht
für Küche und Hausarbeit
bei guter Behandlung und
gutem Gehalt.
Frau Johanna Breuning,
Baihingen Silber.

nicht unter 20 Jahren, welcher
auch im Langholzführen
kundig ist, kann sofort ein-
treten. Kost u. Logis im Hause
Chr. Klein, Ulter-
beförderer, Sindelfingen.

1 Paar
gebrauchte **Ski**
zu kaufen gesucht.
Angebote an die Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

A. OELSCHLÄGER'SCHE
BUCHDRUCKEREI CALW

Anfertigung
von Zeitschriften,
Werken, Prospekten,
Katalogen
usw.

Nr. 21
Nach dem Land in weit abzutun. Kämpft und gegeben, daß und politisch Fremdherrschaft auch in hohe und Franke Aegypten teilen, und fußspären trachtet werde ser und Agypt Entente ein nommen, un verständlich Belämpfung entlaste. M konnten es den Frieden geschickterweise Griechenlands vorgehoben wenn sie es auch anfangs schwelgerischer, und „Freunde“ geworfen.
Das Eig liegt nun de Ansprüche of trags“ von schen Presse gekennzeichne auf die euro lich der Abfi deutsche Ver Saar- und dern im D Schwierigke über Franke die Franzoie funden häst ten, Palästina — für sich g gespeist habe Rolle gespie Borgehens i nicht, noch I s ä h i c h s i d Auseinander Kriegschluß mal tatsäc brauchen, jon jette ihrer P mit Deutsch und Amerik man es mit schaftliche B den Türken, daß es für I bei aggressiv Orient gegen Befürchtung Krieges befi Oberhaupt gegeben wer der Entente bewußt ist, der orientali könnte. Uf politischen S